



Mechthild Rawert.

Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete
für Tempelhof-Schöneberg.



■ www.mechthild-rawert.de

kompetent. lebensnah. vor Ort.

Liebe Tempelhof-SchönebergerInnen,

die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) geht uns alle an. Ein solidarisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist nur in einer inklusiven Gesellschaft möglich. Schon jetzt haben 12,7 Millionen Menschen einen Schwerbehindertenausweis - Tendenz steigend. Sie alle haben ein Recht auf die Schaffung angemessener Vorkehrungen zugunsten von Menschen mit Handicaps. Dazu müssen wir bauliche, mentale, kulturelle und kommunikative Barrieren abbauen. Wir müssen aufhören zu behindern.

SozialdemokratInnen wollen eine inklusive Gesellschaft

Zu unseren sozialdemokratischen Werten gehört: „Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie Menschen mit Behinderung Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht“ (Hamburger Programm der SPD). Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen mit der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Handicaps auch in den eigenen Reihen Ernst. Schon 2002 haben wir „Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“ gegründet, welches nun als eine für alle offene Arbeitsgemeinschaft mit allen statutarischen Rechten agiert. ExpertInnen in eigener Sache bestimmen unsere zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik von Anbeginn an auf gleicher Augenhöhe mit. Ich freue mich im Berliner Vorstand von Selbst Aktiv mitzuarbeiten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat getreu der Forderung „Nichts ohne uns über uns“ bereits im Frühjahr 2011 gemeinsam mit ExpertInnen und Betroffenenverbänden ein umfassendes Positionspapier zur Umsetzung der UN-BRK erarbeitet und dieses auch in leichter Sprache veröffentlicht. Mit der Weiterentwicklung zum Antrag „UN-Konvention jetzt umsetzen - Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen“ (Drs. 17/7942) stellen wir dem ungenügendem „Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung“ ein sozialdemokratisches Alternativprogramm für alle gesellschaftlichen Bereiche entgegen. Mit unserem Konzept des „Disability Mainstreaming“ wollen wir den Abbau von Vorurteilen und bestehenden Benachteiligungen, wollen Selbstbestimmung und Empowerment, Teilhabe und Partizipation forcieren.

Für ein inklusives Gesundheitswesen

Es ist noch viel zu tun: Die UN-Behindertenrechtskonvention muss auch in den Feldern Gesundheit, Pflege und medizinische Rehabilitation umgesetzt werden. Sozialdemokratisches Ziel ist ein Gesundheitswesen, das barrierefreie Angebote für jede und jeden bietet und sich hierbei an den Bedürfnissen der PatientInnen orientiert. Wesentlich stärker als bisher sind Kinder, Frauen und Männer mit geistiger, insbesondere aber mit mehrfacher Behinderung in den Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention einzubeziehen. Behinderungsbedingte Unterstützungsleistungen, wie etwa Pflege oder Assistenz, müssen dort verfügbar sein, wo der Mensch mit Handicaps lebt, lernt und arbeitet. Eine bedarfsgerechte Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln muss sichergestellt sein.

Als die in der AG Gesundheit zuständige Berichterstatterin für Inklusion sehe ich Handlungsbedarf unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

■ Bauliche Barrierefreiheit in Einrichtungen des Gesundheitswesens

Das Recht auf freie Arztwahl gilt für alle - ist aber aufgrund eines fehlenden barrierefreien Zugangs nicht von allen einlösbar. Wir fordern daher von den Kassenärztlichen Vereinigungen bauliche Barrierefreiheit zum Zugangskriterium für die Vergabe von Kassensitzen zu machen. Insbesondere Frauen mit Handicaps erfahren erhebliche Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung. Häufig fehlt eine behindertengerechte Ausstattung, beispielsweise höhenverstellbare Untersuchungsstühle in gynäkologischen Praxen oder barrierefreie Apparate für ein Mammographie-Screening. Die SPD-Bundestagsfraktion plant ein umfassendes Förderprogramm zum barrierefreien Umbau für Arzt- und Physiotherapie-Praxen, Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen aufzulegen.

■ Kulturelle Barrierefreiheit gegen Mehrfachdiskriminierung

Viele Familien mit Migrationserfahrung und einem behinderten Angehörigen sind mehrfachen schwierigen Belastungen ausgesetzt. Wir wollen mehr kultursensible und muttersprachliche Beratung im Schnittfeld Behinderung und Migration. Diese ist eine wichtige Voraussetzung zur gleichberechtigten Teilhabe am gesundheitlichen und sozialen Hilfesystem im Einwanderungsland Deutschland. Gleichzeitig hat ein Empowerment dieser Familien und ihrer Ressourcen stattzufinden.

■ Fachliche Barrierefreiheit als qualitatives Versorgungskriterium

Die Kompetenzen für die medizinische, pflegerische und therapeutische Behandlung von Menschen mit Handicaps sind in ambulanten und stationären Gesundheitseinrichtungen auszubauen. HausärztInnen sollen als Lotsen im Gesundheitssystem fungieren. Sie müssen daher für den besonderen Beratungs- und Behandlungsbedarf von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert vor allem aber kompetent ausgebildet werden. Hierfür müssen die Ausbildungsinhalte aller Gesundheitsberufe überarbeitet werden. Für alle müssen entsprechende Weiterbildungen verpflichtend gemacht werden.

Besondere Anliegen sind mir:

■ Nein zu Gewalt gegen Frauen mit Behinderung

Die Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderung und Beeinträchtigung in Deutschland“ hat belegt: Frauen mit Behinderungen sind überproportional häufig Opfer von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt und müssen vielfältige Formen von Diskriminierung und Gewalt erleiden. Ich finde: Alle medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Beschäftigten im Gesundheitswesen sind hier für Beratung und Behandlung besonders zu sensibilisieren.

■ Für medizinische Zentren für Menschen mit Behinderung

Eine gelingende teilhabeorientierte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderung setzt differenzierte und gestufte Versorgungsangebote voraus. Eine Erfolgsgeschichte sind die Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ). Als ambulante interdisziplinäre Einrichtungen bieten sie Hilfe und Unterstützung für Kinder mit Entwicklungsstörungen und Behinderungen bzw. von Behinderung bedrohten Kindern an. Ich möchte gleiches auch für Erwachsene und setze mich daher dafür ein: Medizinische Zentren für Erwachsene mit geistiger oder mehrfacher Behinderung (MZE) sollen als Modellprojekte eingerichtet und in die Regelversorgung überführt werden. Eine Finanzierung analog den Sozialpädiatrischen Zentren (§ 120 SGB V) wäre wünschenswert.

■ Schauen Sie auf meine Website www.mechthild-rawert.de

■ Abonnieren Sie meinen Newsletter

■ Treffen Sie mich auf Facebook: www.facebook.com/mechthild.rawert